

Presseinformation

zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
am 11. und 12. Mai 2022

Dorfgemeinschaft heute – Realität oder Illusion?

Beitrag „Engagement im Dorf – Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum“

Referent: Dr. Kai Langer, Direktor Stiftung der Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Rechtsextremismus ist ein komplexes Phänomen, für dessen Bekämpfung bzw. Zurückdrängung es keine Patentrezepte gibt, so Dr. Kai Langer, Direktor Stiftung der Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Magdeburg. Häufig handelt es sich um ein verschwiegenes Problem, das erst dann wahrgenommen wird, wenn es zu Gewaltanwendung kommt. Eine öffentliche Auseinandersetzung wird lange vermieden und auf lokaler politischer Ebene herrscht teilweise der Irrglaube, durch die Einbindung rechtsextremer Akteur*innen deren Ziele abzuschwächen. Am einfachsten ist es, wenn der Rechtsextremismus nicht als internes Problem einer Gemeinde, sondern als extern eingebrachtes Problem angesehen wird.

Dr. Langer stellte vier grundlegende Handlungsoptionen für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor: Der präventive Ansatz zielt unabhängig von einem konkreten Anlass in der Kommune darauf ab, dass Menschen gar nicht erst rechtsextremen Ideologien folgen, sondern möglichst frühzeitig demokratische Einstellungen übernehmen. Gibt es einen konkreten Anlass mit rechtsextremistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund, sind Strategien erforderlich, um bereits manifest gewordene Erscheinungsformen des Rechtsextremismus mit spezifischen Mitteln zu bekämpfen bzw. zurückzudrängen (Reaktiver Ansatz). Hierzu gehören u. a. aufsuchende Arbeit mit rechtsextremen Gruppen, Aussteigerprogramme, gewalt-therapeutische Ansätze und die parlamentarische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Mandatsträgern. Beim integrativen Ansatz zielen die eingeleiteten Maßnahmen darauf ab, möglichst vielen Menschen umfassende Teilhabechancen zu eröffnen, Ausgrenzungen schwächerer Gruppen zu verhindern und Minderheiten zu schützen. Die Maßnahmen können unspezifisch sein und müssen sich daher nicht zwangsläufig am Rechtsextremismus orientieren, sollten aber mittel- bis langfristige Wirkungen entfalten. Um den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu gewährleisten, werden Maßnahmen, die auf eine umfassende gesellschaftliche Ausgrenzung demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen, Handlungsweisen und Organisationen abzielen, eingeleitet (repressiver Ansatz). Mit Platzverweisen, nachrichtendienstlicher Überwachung oder juristischer Verfolgung erfolgt klare Grenzziehung gegenüber Feinden der Demokratie und eine Abschreckung von Mitläufer*innen der rechtsextremen Szene.